

Gisler Hans SVP 6469 Haldi

Herr Präsident meine Damen und Herren

Parlamentarische Empfehlung zur Bekämpfung der Bürokratie in der Landwirtschaft

Aus den Landwirtschaftlichen Medien ist zu entnehmen, dass das Bundesamt für Landwirtschaft BLW, der Bürokratie in der Landwirtschaft in Form einer Redimensionierung im Bereich administrativen Aufwand vornehmen wird. Im Zusammenhang mit dem Bauernverband Schweiz ist eine Anhörung geplant, sechs runde Tische an verschiedenen Orten in der Schweiz zu organisieren, an denen sich über 60 Bauern aus verschiedenen Stielrichtungen beteiligen können.

Es ist als dringend und empfehlenswert, dass auf diesem Weg sich der Kanton Uri auch daran beteiligen soll. Vorauszusetzen ist, dass sich in dieser heiklen Angelegenheit vor allem Fachpersonen aus dem Bereich Landwirtschaft (Praktiker) ausgesucht und beigezogen werden.

Aus dem nachfolgenden Antrag ist zu entnehmen, dass sich verschiedene Verbesserungen und Anträge auf Bundesgesetzgebung basieren und nicht auf Kantonsstufe, umso mehr ist es wichtig, dass diese Empfehlung überwiesen wird. Der Regierungsrat wird aufgefordert, sich mit anderen Kantonen auf Bundesstufe einzusetzen.

Antrag

Im Bereich Tierschutz Gesetz sind Praxisgerechtere Verordnungen anzustreben, die sich auch als durchführbar erweisen können, vor allem in der Nutztierhaltung, solche Verordnungen die sich negativ auf die Bauernfamilien und deren Gesundheit auswirken sind auszumerzen, auch solche die sich gegen den Grundsatz des TSG verhalten, zum Beispiel Tumpel im Weidegebiet laut LQ Broschüre.

Lebendschau auf Schlachthöfen, das ist eine reine Bürokratie und Abzockerei, die bis anhin durchgeführte Fleischschau beim geschlachteten Tier ist vertretbar und soll ausreichen.

Priorität in der Landwirtschaft soll die Ernährungssicherheit sein, wie es der schweizerische Bauernverband in seiner Initiative vorschlägt.

Im Direktzahlungs- System sollen Verlagerungen stattfinden, es soll Wert darauf gelegt werden, dass sie Leistungsbezogen und nicht Artenbezogen ausgerichtet werden, ein sehr wichtiger Punkt ist anzustreben, dass die TEP Beiträge wieder eingeführt und gefördert werden, wie sie bis 2013 Bestand hatten. Die im LQ Programm aufgeführten Beiträge für Tristen, Wegabschlüsse bei Alpweiden mit Holzlatten, Schärhege, Bildstöckli etc. sollen umfunktioniert werden, vor Allem im Kt. Uri typischen Stufenbetriebe, oder zum Beispiel für Strohverkauf eingesetzt werden, da im Kt. Uri kein Getreide oder Frucht angebaut wird und den gehaltenen Tiere ein geeignetes Strohlager oder Streue zur Verfügung gestellt werden muss, so das STSG. Eine Ausspielung zwischen Berg und Talbauern soll nicht stattfinden.

Die Bewirtschaftung und der Geltungsbereich der Oeko Flächen sind neu zu definieren und zu regeln, zum Beispiel Brachflächen sind aus dem Programm zu streichen, so auch die 7% Oeko-Fläche in Talbetrieben, dies passt nicht zur Ernährungssicherheit, vor Allem nicht im Kanton Uri, wo das Kulturland sehr begehrt ist und durch den Gewässerschutzbereich besonders im Talboden viel Kulturland beansprucht, hier könnte mit der Korporation eine Lösung gefunden werden, in Folge Abgeltung.

Bei den Kontroll- Organen ist eine Dezimierung anzustreben, das heisst personell und Intervall bezogen, die heutige Praxis vor Allem das Auftreten gewisser Kontrolleure, gleicht einem Gessler oder Landenberg Prinzip .

Zur Förderung von Junglandwirten die von ihrer Ausbildung entlassen werden und ihr Berufsleben aufnehmen, soll der Weg erleichtert werden, umso leichter findet eine Betriebsübernahme statt.

Das momentane Auszahlungs-System mit der dreimaligen Auszahlung pro Jahr ist eine klare Administrative Bürokratie-Förderung. (Geltende Praxis, im ersten Halbjahr keine Auszahlung, im zweiten Halbjahr gleich eine dreimalige Auszahlung.) Aufwand Administration und Postversand.

Laut neuesten Erkenntnissen ist ein Rückgang der Bestossung der Alpen erkennbar , Grund dafür, zu wenig vorhandenes Alpvieh, ein Mangel von qualifiziertem Alp Personal, die Folgen, Verbuschung der Alpweiden(2400ha eine Fläche des Wahensee pro Jahr) demzufolge wirkt sich dies auch negativ auf den Tourismus und deren Infrastruktur aus.

Eine Vereinfachung in der Schweizer Landwirtschafts- Politik ist von dringender Notwendigkeit, die AP 2014-17 hat sich bereits erwiesen, dass sie mit dieser Auflage, zur Nachhaltigkeit und Förderung der Landwirtschaft das Ziel verfehlt hat.

Ich danke für die Aufmerksamkeit

Erstunterzeichner

Gisler Hans Haldi



Zweitunterzeichner

Arnold Alois 65 Bürglen

